

Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung

Nr. 29.

zu Nr. 44 des Hauptblattes.

1927.

Beauftragt mit der Herausgabe Regierungsrat Braune in Dresden.

Landtagsverhandlungen.

(Fortsetzung der 15. Sitzung
von Mittwoch, 16. Februar 1927.)

Abg. Lippe (Fortsetzung).

Wenn man weiter hört, daß der Anteil Sachsens an der Ausführung der deutschen Wirtschaft 30 Proz. beträgt, so ergibt sich im Gesamtlichen der deutschen Wirtschaft die außerordentlich hohe Bedeutung einer blühenden sächsischen Wirtschaft für das engere wie für das weitere Vaterland. Diese Zahlen zeigen aber auch, daß die Forderung, die die sächsische Wirtschaft erhoben und die wir in unserem Antrag Nr. 30 gestellt haben, bei Verabschiedung des Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat nach einer regionalen Vertretung der sächsischen Wirtschaft unbedingt nur zu gerechtfertigt ist.

Eine kleine Bemerkung: Das Weltwirtschaftsinstitut an der Handelshochschule in Leipzig befindet sich, wie aus einer Entschickung, die am 3. Februar in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ erschienen ist, hervorgeht, in außerordentlich bedrückter Lage. Wir würden es dankbar begrüßen, wenn es im Rahmen der haushaltplanmäßigen Mittel des diesjährigen Haushaltsplanes möglich wäre, diesem Institut — es kommt nur ein geringer Betrag in Frage — unter die Arme zu greifen und damit der sächsischen Wirtschaft einen außerordentlich großen Dienst zu erweisen, der weit über das hinausgehen wird, was finanziell an Unterstützung verlangt wird.

Wie nun eine Wirtschaft, wie die sächsische, in einem unerschöpflichen Maße steuerlich überlastet, so muß ein solcher Umfang selbstverständlich außerordentlich schwere Rückwirkungen auf die Arbeitsmöglichkeiten der sächsischen Wirtschaft haben. Ist sich nun jemand über die sächsische Stellung zur Weltwirtschaft im klaren, so wird er mir zugeben müssen, daß die Forderung, wir müssen durch Anziehen der Steuerhantel den Versuch machen, die Unterbilanz im Haushalt auszugleichen, unmöglich ist.

Der Anteil Sachsens an der deutschen Erwerbslosigkeit hat im vergangenen Jahre dauernd zwischen 10 und 11 Proz. der deutschen Erwerbslosigkeit geschwankt. Er betrug am 1. Januar dieses Jahres 11,6 Proz. und 10,7 Erwerbslose waren auf je 1000 Einwohner in der sächsischen Bevölkerung zu verzeichnen. Arbeitsbeschaffung ist der beste Weg zur Besserung. Die Arbeit hat den besten Sinn nur dann, wenn sie volkswirtschaftliche Werte schafft, durch deren Schöpfung und Erschaffung Arbeitsplätze für die Wirtschaft erzielt werden. Notstandsarbeiten im heutigen Sinne genügen dieser Forderung bei weitem nicht. Die Werte, die geschaffen werden müssen, müssen Einfluß nehmen auf die Gestaltung der deutschen Handelsbilanz und damit die Möglichkeit schaffen, die einzufließenden Rohstoffe für unsere heimische Industrie und den Zufluß an Lebensmitteln, dessen wir bedürfen, einzukaufen im Wege des volkswirtschaftlichen Austausches. Eine weite Steuerpolitik muß Rücksicht darauf nehmen, daß die Kapitalneubildung in einer Zeit nach der Revolution unbedingt erforderlich ist. Ertragssteuern, wie sie von mir gekennzeichnet wurden, bleiben immer und immer wieder befürchtend für die Wirtschaft, denn sie sind Wertträger in sich und dienen dazu, der Volkswirtschaft zum Aufblühen zu verhelfen. Die Hälften, die in diesem Landessteuergesetz zu verzeichnen sind, möchten in weitestem Umfang beseitigt werden. Das gilt ganz besonders von der Aufwertungssteuer für gewerbliche Räume, und zwar gewerbliche Räume in Gebäuden, die nicht belastet gewesen sind mit Hypotheken.

Betrachtet man, wie ich es getan habe, daß Notzeiten der Wirtschaft auch Notzeiten des Staates sind, so darf ohne weiteres die Frage erhoben werden, was leisten nun die wirtschaftlichen Betriebe des Staates. Wir haben bereits gesehen gehört, daß die Erträge der staatlichen wirtschaftlichen Betriebe sich tatsächlich nicht sehen lassen können. Wir verstehen dabei nicht, daß diese wirtschaftlichen Betriebe selbstverständlich unter den gleichen erschwerenden Bedingungen zu leiden haben, wie die übrige Privatwirtschaft. Würde die Privatwirtschaft mit demartig großem wirtschaftlichen Erfolge arbeiten wie sie, der Staat würde noch weniger an Steuererträgen zu verzeichnen haben in seinem Haushaltsplan, als es heute der Fall ist. Das gilt vor allen Dingen von den landwirtschaftlichen Betrieben des Staates, deren Ertrag mit Null eingelegt ist. Man soll nicht mit der Entscheidung kommen, die so oft und immer wieder gebracht worden ist, es handle sich um Betriebe, die wir umstellen müssen. Es ist derartig viel Kapital gerade in die Landwirtschaftsbetriebe gepumpt worden, und seit der Umstellung sind etwa 8 Jahre verlossen, daß man wohl sagen kann, das Ergebnis ist mehr als mäßig.

Und wenn weiter im außerordentlichen Haushaltsplan 1/2 Million angefordert wird, um die Gebäude in Stand zu setzen, so liegt diese Forderung und ihre Kritik auf derselben Linie meiner Betrachtungen. Wir unterstützen die deutsche nationale Forderung nach der Verpachtung dieser Betriebe und erinnern weiter daran, daß auch die Regierung immer noch ihre Stellungnahme schuldig ist gegenüber der Tatsache, daß wir die Landwirtschaftsbetriebe, das Kap. 3, nicht entlastet haben für das Jahr 1924.

Etwas anders liegen die Dinge selbstverständlich beim Eisenerz. Das Eisenerz wird mit einem Ertrage von 250000 M. eingelegt, das ist etwa 1 Proz. des

investierten Kapitals. Wir werden uns die Bilanz dieses Staatsbetriebes recht genau ansehen müssen, weil wir der Meinung sind, daß in Notzeiten des Staates diese Betriebe ebenfalls auf das schärfste herangezogen werden müssen, um die Lasten der Gesamtheit mildern zu helfen.

Die gewerblichen Betriebe der Bergverwaltung sind ja auch Schmerzenskinder der letzten Jahre und der letzten Haushaltsplanreden gewesen. Die Kalk- und Hartsteinwerke stelle ich bis zu einem gewissen Grade in meinen Betrachtungen auf eine Linie mit den Landwirtschaftsbetrieben. Auch hier habe ich die Überzeugung, daß der Staat wirtschaftlich nicht zu arbeiten versteht, und daß er im Staatsbetriebe mit Bemühungen zu kämpfen hat, die die Privatwirtschaft nicht kennt.

Was die Porzellanmanufaktur Meissen anlangt, so rechnet man haushaltplanmäßig mit einem Umsatze von drei Millionen. Hier die kritische Sonde in der gleichen Weise einzuwerfen wie bei den übrigen Betrieben, wird Aufgabe der Ausschussberatungen sein müssen.

Kunzuden Hütten- und Blausfarbwerken! Wir sind uns darüber klar geworden, daß es staatspolitisch richtiger ist, diese Betriebe, wenn auch nur mit bescheidenen Gewinnen, weiter arbeiten zu lassen, um nicht die in ihnen beschäftigten Personen und die von ihnen abhängigen Wirtschaftskreise der Erwerbslosigkeit oder Verkümmern ihrer Existenz anheimfallen zu lassen.

Was die Frage des Erzbergbaues anlangt, so geht meine Auffassung der Metallpreise dahin, daß sich die Bedingungen und Voraussetzungen, unter denen im vergangenen Jahre die Eröffnung eines Bleierzbergbaues auf dem Halsbrüder Spat abgelehnt worden ist, nicht geändert haben. Was die andere Frage anlangt, ob und inwieweit es zweckmäßig und volkswirtschaftlich zu verantworten ist, den Erzbergbau in anderen Gebieten Sachsens wieder aufzunehmen, mag dahingestellt bleiben.

Wenn in der Haushaltsplanrede des Herrn Finanzministers nun etwas neu war, so die Feststellung, daß die Hütten- und Blausfarbwerke, die Porzellanmanufaktur, die Kalk- und Hartsteinwerke alle Steuern mit Ausnahme der Vermögens- und Grundsteuer zu tragen haben, also alle jene Steuern, die die Privatwirtschaft ebenfalls belasten. Es scheint also hier doch bei den Finanzbehörden die Auffassung vertreten zu werden, daß die Staatsbetriebe als solche nicht nach jeder Richtung hin von Steuern frei zu bleiben haben. Wir freuen uns dieser Tatsache, denn grundsätzlich treten wir ja, wie Sie wissen, dafür ein, daß der Staatsbetrieb genau in derselben Weise zu arbeiten hat und zu bewirtschaften ist, wie die privatwirtschaftlichen Betriebe.

Das war die erste Gruppe der Staatsbetriebe, mit denen ich mich hier beschäftigt habe, nämlich die Staatsbetriebe, die, nachdem sie nun besteuert werden, wenn auch nicht in vollem, so doch bis zu einem gewissen Umfange, mit den privatwirtschaftlichen Betrieben den Vergleich aushalten. Die zweite und wesentlich größere Gruppe sind die wasserwirtschaftlichen Betriebe. Der Haushaltsplan zu Kap. 6 bringt für mich eine außerordentlich schwere Entlastung. Im vergangenen Jahre wurde dem Haushaltsausschuss B am 1. März eine Denkschrift überreicht, in der Lippe und Klar ausgesprochen ist, die Aktiengesellschaft Sächsische Werke übernimmt die Wasserwerke Klotz Buch, Waldenburg, Wurzen und Aue zu einem Pachtpreise von 694000 M. Eingelegt wurden seinerzeit im vergangenen Haushaltsplan 676000 M. In diesem Jahre erfolgt auf diesem Posten ein Abschlag von 126000 M. Ich kann mich nicht erinnern, daß im Ausschuss B im vergangenen Jahre von der Regierung ausgeführt worden wäre, die Verträge mit der Aktiengesellschaft Sächsische Werke seien noch nicht abgeschlossen, sondern ich behaupte nach wie vor, daß jeder, der an diesen Ausschussberatungen teilgenommen hatte, die Überzeugung mit nach Hause nehmen mußte, der Abschluß der Verträge ist unter diesen Bedingungen erfolgt. Wird der Preis, wie es von Seiten der Sächsischen Werke für mich durchaus verständlich ist, nunmehr an den Erzeuger- oder den Durchschnittserzeuger gekoppelt, den die Sächsischen Werke für Kraft und Energie erhalten, die aus Dampfmaschinenanlagen kommt, so wird naturgemäß mit der steigenden Erzeugung von Dampfenergie die Wirtschaftlichkeit dieser Betriebe auf schwerste beeinträchtigt werden müssen.

Und nun zum größten wirtschaftlichen Betriebe des Staates, zur A.-G. Sächsische Werke. Für das Geschäftsjahr 1927/28 ist nach dem Haushaltsplan ein Ertrag von 3 Mill. M. Dividende zu erwarten. Wir werden diesen Betrag sehr scharf unter die Lupe nehmen und uns mit der Frage beschäftigen, diesen Betrag um etwa 1 Mill. M. zu erhöhen. Es ist festgestellt worden, daß die Sächsischen Werke von der Kapitalverkehrssteuer für die beiden amerikanischen Anleihen, die sie aufgenommen haben, befreit worden sind, so daß zweimal ein Betrag von etwa 450000 M. erspart worden ist. Diese Beträge sollten dem Lande zugute kommen.

Die Stromabgabe der Sächsischen Werke ist im vergangenen Jahre eine Kleinigkeit herabgegangen. Das findet keine ganz natürliche Erklärung in der wirtschaftlichen Lage des vergangenen Jahres. In einem Artikel der „Leipziger Neuesten Nachrichten“, den ich leider nicht hier habe, hat sich ein Oberingenieur der Thüringischen Gasgesellschaft zur Frage der Tarifpolitik für elektrische Energie vor einigen Wochen oder Monaten

sehr eingehend ausgesprochen. Er kommt zu dem Schluß, daß eine geschickte Tarifpolitik den Verbraucher anreizen müsse, und daß durch eine Niedrighaltung der Tarife dem Verbrauch ein außerordentlich harter Impuls gegeben werden könnte. Es wird auch aus den Kreisen der Wirtschaft und vor allen Dingen aus den Kreisen der Großverbraucher immer wieder darüber geklagt, daß das Entgegenkommen hinsichtlich der Preise noch nicht das sei, was man erwarten müsse, und daß damit die Sächsischen Werke in einer ganzen Reihe von Fällen ihren großen gemeinnützigen Aufgaben, der Gesamtwirtschaft als belebender Faktor zu dienen, noch nicht gerecht werden.

Die Sächsischen Werke fordern nun im außerordentlichen Haushaltsplan die weitere Aufhöhung ihres Aktienkapitals um 15 Millionen. Ich möchte wünschen und hoffen, daß es dem Staate gelingt, im Wege der Anleihe auch diesen Betrag mit zu decken. Ich habe das unbestimmte Gefühl, daß es vielleicht einmal nicht mehr möglich sein wird, auf diesem Wege die erforderlichen Kapitalien zuzuführen, und daß einmal der Zeitpunkt kommen dürfte, in dem die Kapitaldeckung der Sächsischen Werke auf andere Weise in mehr privatwirtschaftlichem Sinne erfolgen muß, als es jetzt der Fall ist. Die Tatsache, daß es dem Reiche gelingt, eine 500-Millionen-Anleihe zu einem außerordentlich günstigen Zinssatz unterzubringen, hat mich außerordentlich bedrückt. Ich glaube, man kann der Auffassung sein, daß der außerordentlich rasche Aufbau der Sächsischen Werke und der damit in großem Umfange rasch aufgetretene Kapitalbedarf zu einem sehr ungünstigen Zeitpunkt aufgetreten ist, und daß es vielleicht möglich gewesen wäre, die 22 Mill. M. unter für die Sächsischen Werke und damit für die sächsische Wirtschaft günstigeren Bedingungen am heimischen Markte unterzubringen. Es gilt ja für die Amerikanerleihe das gleiche, was ich eingangs ausführte: wir werden damit tribut- und zinspflichtig einer fremden Volkswirtschaft, und der Ertrag unserer Arbeit kommt fremden Volkswirtschaften zugute. Daß die Steuerfreiheit der Sächsischen Werke der übrigen Gesamtwirtschaft gegenüber ein Unrecht ist, ist selbstverständlich. Es war mir außerordentlich interessant, von einem kaufmännisch hervorragenden Kopfe dieses Eingekündnis zu hören und damit einen Einwand entkräften zu können, der mir aus den Vorstandskreisen der Sächsischen Werke immer und immer wieder gemacht wird, daß dann, wenn die Steuern in vollem Umfange zu tragen sind, wie sie die Privatwirtschaft trägt, selbstverständlich die Preise in die Höhe gehen müßten. Ich bezweifle das auf das entschiedenste. Wie erheben folgende grundsätzliche Forderung:

Die A.G. ist steuerlich in gleicher Weise zu behandeln, wie jedes privat- oder gemischtwirtschaftliche Unternehmen. Solange sie als sogenannter Versorgungsbetrieb nach Reichrecht steuerliche Vorteile genießt, sind die ihr erlassenen Steuerlasten, wäre sie steuerlich in Betrieben der Privatwirtschaft gleichgestellt, vorweg an den Staat abzuführen, ehe sie ihren Reingewinn berechnet. Damit ist die Vergleichsmöglichkeit mit privatwirtschaftlich geleiteten Betrieben gewährleistet, die allein den Nachteil dafür abzugeben vermag, ein kaufmännisches Werturteil über sie zu fällen und ihre Lebensberechtigung neben der Privatwirtschaft zu beweisen.

Wir haben uns beklagen müssen über Übergriffe der Sächsischen Werke in rein privatwirtschaftliches Gebiet. Der unerhörteste Übergriff der letzten Zeit befiel für mich darin, daß die Sächsischen Werke ein Erholungsheim in Rittenberg mit gegründet haben, das sogenannte Raupenneß. Hier ist ein Übergriff in die Privatwirtschaft zu verzeichnen, wie wir ihn bisher noch nicht kennen. Auf Kosten anderer Kreise machen die Sächsischen Werke hier eine wunderbare soziale Werke, auf Kosten anderer Kreise wird die Erholung der Angestellten und Arbeiter hier ermöglicht. Untere Anfrage Nr. 113 wird sich mit der Sache noch eingehend zu beschäftigen haben. Es ist mir hinterbracht worden, daß der Verwaltungsrat der Sächsischen Werke von dieser Gründung nichts gewußt habe. (Hört! hört!) Ob und inwieweit ein Übergriff der Verwaltung vorliegt, kann ich nicht feststellen.

Daß auf dem Gebiete aus dem privaten Installationsgewerbe immer wieder Klagen kommen, ist eine alltägliche Erscheinung. Hier muß eingegriffen werden, und ich möchte nur den Herren von der Wirtschaftspartei sagen, die sich auch für diese Frage interessieren, daß wir auf diesem Gebiete dauernd gekämpft haben und nicht ermüden werden in diesem Kampfe um das gute Recht der Privatwirtschaft.

Könnte man nun hier feststellen, daß der Staat die Grenzen zwischen Staats- und Privatwirtschaft immer und immer wieder verletzt, so war es uns doch auf der anderen Seite wertvoll, daß er jetzt die Gelegenheit ergreifen will, diese Grenzen einmal auf das schärfste festzulegen. Wir begrüßen es, daß Verhandlungen mit dem Transport- und Expeditionsgewerbe im Gange sind, um die gegenseitigen Beziehungen zwischen dem Kraftverkehr im Freistaat Sachsen und diesem Gewerbe festzulegen. Wir begrüßen es, daß der Kraftverkehr Freistaat Sachsen sich auf den Fernverkehr, die Fernspedition, beschränken will und im übrigen die gesamte Expedition in Städten und Gemeinden dem privaten Gewerbe auch in Zukunft überlassen will.